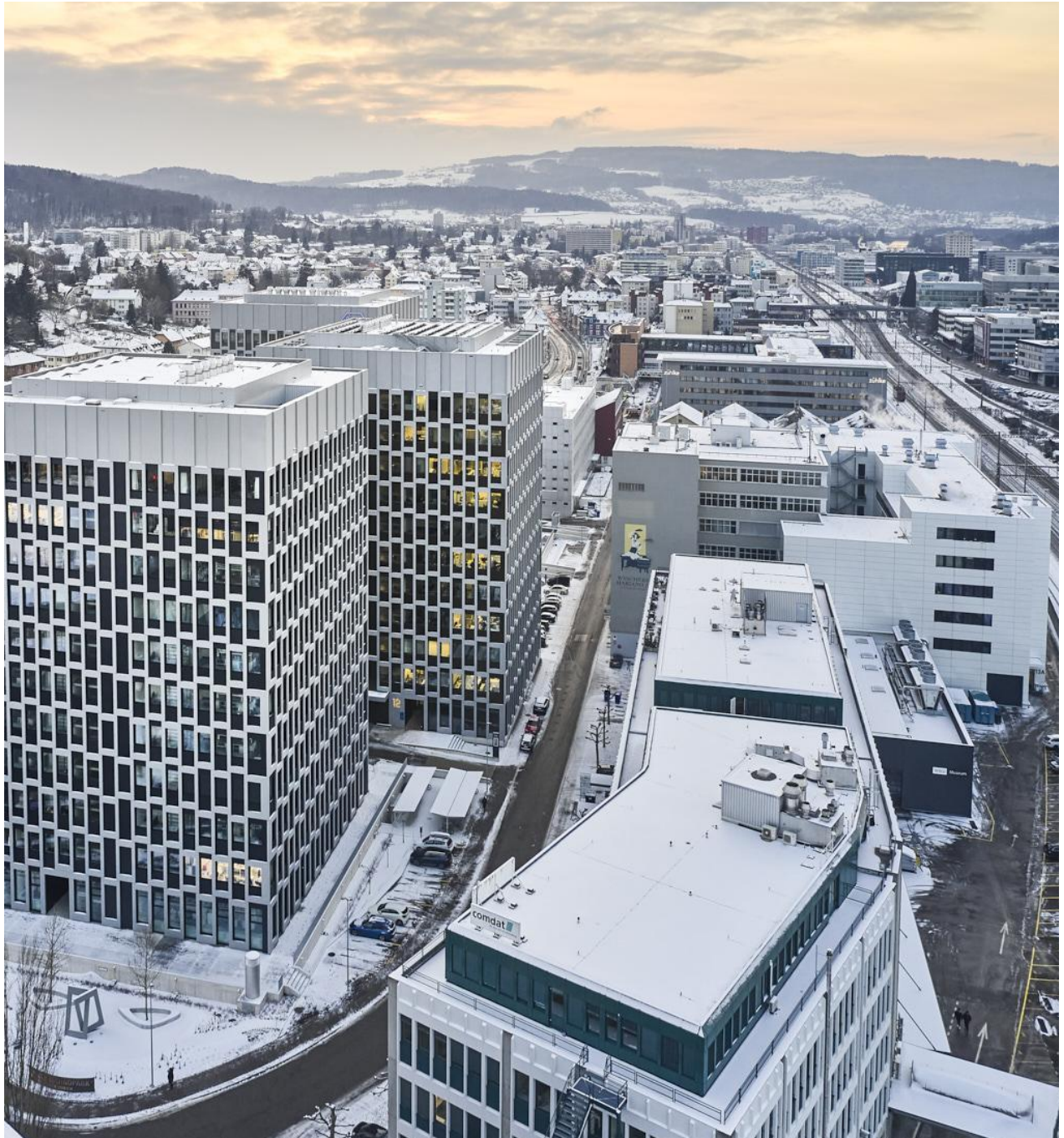


**JAHRESBERICHT 2025**





#### Mitglieder

Aesch, Birmensdorf, Dietikon, Geroldswil, Oberengstringen, Oetwil a.d.L., Schlieren, Unterengstringen, Uitikon, Urdorf, Weiningen

#### Vorstand 2022 - 2026

Roger Bachmann, Stadtpräsident Dietikon, Präsident  
André Bender, Gemeindepräsident Oberengstringen, Vizepräsident  
Marcel Balmer, Gemeindepräsident Unterengstringen  
Markus Bärtschiger, Stadtpräsident Schlieren  
Ernst Brand, Gemeindepräsident Birmensdorf  
Michael Deplazes, Gemeindepräsident Geroldswil  
André Guyer, Gemeindepräsident Aesch  
Chris Linder, Gemeindepräsident Uitikon  
Mario Okle, Gemeindepräsident Weiningen  
Sandra Rottensteiner, Gemeindepräsidentin Urdorf  
Rahel von Planta, Gemeindepräsidentin Oetwil a. Limmat

#### Rechtsform

Der regionale Planungsverband "Zürcher Planungsgruppe Limmattal" ist ein Zweckverband im Sinne von Art. 73 des Gemeindegesetzes. Sie wurde aufgrund des Planungs- und Baugesetzes 1977 als Nachfolge des seit 1957 bestehenden Vereins gleichen Namens gegründet.

#### Zweck

Die ZPL bezweckt die Förderung einer geordneten räumlichen Entwicklung im Verbandsgebiet. Sie arbeitet die dafür notwendigen regionalen Pläne aus und hilft mit, die Planungen der Mitgliedsgemeinden auf regionale Ziele auszurichten.

#### Verbandsordnung

Totalrevision, DV 30.11.2018, Urnenabstimmung 17.11.2019  
Beschluss Regierungsrat vom 14.07.2021 (RRB Nr. 809)

#### Fachberatende

Kaspar Fischer, EBP Schweiz AG  
Dominique Walser, EBP Schweiz AG

Eva Kopf, Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU)

Philippe Boesch, Amt für Raumentwicklung (ARE)

#### Sekretariat

Nora Fritschi, Ventus Projekte GmbH

#### Quellen Bilder

Titelblatt: Schlieren

#### Delegierte 2022 - 2026

Dietikon und Schlieren	je 4 Delegierte
Übrige Gemeinden	je 2 Delegierte
<b>Total</b>	<b>26 Delegierte</b>

## 1. Planungen für die Gesamtregion

### **RegioROK und Dichtevorgaben im regionalen Richtplan**

Die ZPL-Plattform widmete sich im Jahr 2024 bereits dem Thema Bevölkerungswachstum. An der Veranstaltung 2025 stand der Austausch über die im RegioROK sowie im regionalen Richtplan definierten Entwicklungsziele und Dichtevorgaben im Mittelpunkt.

Für das Jahr 2026 plant die Region, sowohl das RegioROK als auch das Kapitel Siedlung des regionalen Richtplans zu überarbeiten.

### **Positionspapier regionale Arbeitsplatzbewirtschaftung**

Gemäss Art. 30a Abs. 2 der Raumplanungsverordnung (RPV) setzt die Ausscheidung neuer Arbeitszonen eine Arbeitszonenbewirtschaftung voraus, die eine haushälterische Nutzung aller Arbeitszonen sicherstellt. Diese Bewirtschaftung kann entweder vom Kanton selbst wahrgenommen oder an andere Planungsträger bzw. geeignete Stellen delegiert werden. Im Kanton Zürich soll diese Aufgabe im Wesentlichen auf regionaler Ebene erfolgen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die ZPL im Jahr 2025 intensiv mit den Arbeitsplatzgebieten der Region befasst. Das daraus entstandene Positionspapier bietet einen umfassenden Überblick über die Arbeitszonen im Limmattal und fasst die strategischen Leitlinien und Zielsetzungen der Region im Umgang mit diesen Gebieten zusammen. Es dient als Grundlage für die Beurteilung kommunaler Nutzungsplanungen sowie von Teilrevisionen des regionalen Richtplans.

Zudem ist die Region gemäss kantonalen Vorgaben verpflichtet, im Rahmen ihrer Berichterstattung einen Überblick über die regionalen Arbeitszonen vorzulegen – einschliesslich Angaben zu Flächen, Kapazitäten, Nutzungsvorgaben und dem aktuellen Nutzungsstand.

### **Regionales Gesamtverkehrskonzept Limmattal gestartet**

Die Kantone Zürich und Aargau haben im Sommer 2025 gemeinsam mit den regionalen Planungsverbänden ZPL, Baden Regio und Repla MRK (Regionalplanungsverband Mutschellen-Reusstal-Kelleramt) die Erarbeitung des regionalen Gesamtverkehrskonzepts (rGVK) Limmattal gestartet. Das Konzept entsteht in enger Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden. Die Region wirkt sowohl in der strategischen Projektsteuerung als auch in der operativen Begleitgruppe mit und bringt dabei die Anliegen des Limmattals ein. Ende 2025 hat die Projektsteuerung die Lagebeurteilung verabschiedet.

Auf Grundlage dieser Analyse wurden die Arbeiten zur Entwicklung gemeinsamer Zielbilder für das Jahr 2050 aufgenommen. Im Zentrum stehen dabei Fragen wie: Wie wird und soll man sich im Jahr 2050 im und durch das Limmattal bewegen? Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Siedlungsentwicklung, das Verkehrsnetz und das zukünftige Verkehrsangebot? Und welche Faktoren beeinflussen künftig das Mobilitätsverhalten im Limmattal?

Das rGVK soll bis Ende 2026 vorliegen und den Kantonen, den Regionen sowie den Gemeinden als Orientierungsrahmen für die verkehrliche Entwicklung der nächsten 15 bis 20 Jahre dienen.



## 2. Stellungnahmen

### RAUMPLANUNG

#### **Kanton Zürich, Revision PBG, Erleichtertes Bauen im Bestand**

Die ZPL begrüsst die kantonalen Bestrebungen, das Bauen mit dem Bestand zu vereinfachen und gezielt zu fördern. Die Weiterentwicklung bestehender Gebäude trägt wesentlich dazu bei, den Rohstoffbedarf zu senken, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren und das Abfallaufkommen zu minimieren. Gleichzeitig ist es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Entscheid zwischen Weiterbauen im Bestand und Neubau ausgewogen ermöglichen und beide Optionen fair berücksichtigen. Dies unterstützt nicht nur nachhaltige und ressourcenschonende Bauentscheide, sondern trägt auch zur Erhaltung ortsbildprägender Strukturen bei.

#### **Unterengstringen, Revision der Richt- und Nutzungsplanung (BZO)**

Die rechtskräftige Bau- und Zonenordnung (BZO) der Gemeinde Unterengstringen stammt aus dem Jahr 1993 und wurde zuletzt im Jahr 2011 teilrevidiert. Seither haben sich die Anforderungen an die Nutzungsplanung erheblich weiterentwickelt. Mit der Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes wurden einheitliche Baubegriffe und Messweisen gemäss der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung der Bauvorschriften (IVHB) eingeführt und damit die Gemeinden verpflichtet, ihre Bau- und Zonenordnungen entsprechend anzupassen. Um den neuen rechtlichen, gesellschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, hat der Gemeinderat entschieden, die Richt- und Nutzungsplanung umfassend zu überprüfen.

Die ZPL begrüsst, dass die Gemeinde Unterengstringen ihre Richt- und Nutzungsplanung aktualisiert. Ausserdem wurde die Überführung gemäss IVHB durchgeführt und weitere technische Anpassungen vorgenommen. Der Erläuterungsbericht zeigt, dass sich die Region ausführlich mit den Inhalten des regionalen Richtplans auseinandergesetzt hat. Die Ziele und Vorgaben dessen werden grundsätzlich eingehalten. Die ZPL weist auf nachfolgende Aspekte hin:

- **Kommunaler Richtplan:** Im Rahmen der Revision identifiziert die Gemeinde das grösste Innenentwicklungspotenzial im Zentrum und entlang der Zürcherstrasse. Um eine qualitätsvolle Innenentwicklung zu fördern, sei eine Gesamtbetrachtung inklusive der Zürcherstrasse notwendig. Entsprechende Anpassungen im regionalen Richtplan sind nötig, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Eine Aufnahme in den regionalen Richtplan muss mit dem Kanton koordiniert werden.
- **Die Gemeinde stellt mit der Anpassung am kommunalen Richtplan „Strassen / Öffentlicher Verkehr“ den Antrag, die im kantonalen Richtplan definierte bestehende Hochleistungsstrasse im Dreieck Zürcher-/Berg- und Weiningenstrasse den Abschnitt Weiningerstrasse zu streichen.** Diese Überlegung geschieht im Zusammenhang mit der angedachten Neugestaltung und Aufwertung dieses Dreiecks.
- **Optimierung Velowegquerung und Fusswegquerung:** Die Gemeinde hat Defizite bei den Knotenpunkten für Velo und Fussgänger identifiziert. Da diese Staatsstrassen betreffen, möchte die Gemeinde neue Einträge im regionalen Richtplan beantragen. Der regionale Richtplan der ZPL sowie der kantonale Richtplan kennen die Bezeichnung von zu «optimierenden Velo- und/oder Fusswegquerungen» aktuell nicht. Die ZPL kann im Rahmen der Teilrevision Velo sicherstellen,

dass alle Knotenpunkte gemäss Unterengstringen tatsächlich auch als «geplant» im RRP bezeichnet sind. Eine konkrete Festlegung zu Knoten könnte allenfalls als Bestandteil der Themenkarte im Richtplantext eingefügt werden. Dies muss die ZPL aber mit dem Kanton abklären.

- Die Gemeinde bezeichnet im kommunalen Richtplan sowohl die kommunalen als auch regional festgelegten Fuss- und Velowege. Die ZPL bittet, die Linienführung der SchweizMobil-Route im Südwestlichen Teil der Gemeinde im kommunalen Richtplan einzutragen und zudem die Linienführung über die Niederholzstrasse zu überprüfen.
- Der regionale Richtplan macht im Bereich Siedlung Festlegungen zur Dichte und Nutzungsart. Die BZO Revision von Unterengstringen entspricht allen übergeordneten Vorgaben.

### **Urdorf, Umzonung im Gebiet „Luberzen“**

Die Gemeinde Urdorf plant im Rahmen ihrer Nutzungsplanungsrevision, Teilflächen im Gebiet Luberzen von der Industriezone (I/5) und der Zone für öffentliche Bauten (Oe) in eine neu geschaffene Zentrumszone (Z6) umzuzonen. Die ZPL hat sich bereits im Jahr 2022 im Rahmen der Mitwirkung zum kommunalen Richtplan zur geplanten Transformation geäußert und auch damals keine Widersprüche zu den regionalen Zielen und Vorgaben identifiziert.

Im Rahmen der kantonalen Vorprüfung wurde die Gemeinde Urdorf aufgefordert, hierzu eine Stellungnahme der ZPL im Sinne der regionalen Arbeitszonenbewirtschaftung einzuholen. Die dieser Aufforderung zugrundeliegende Annahme, es handle sich beim Umzonungsgebiet um ein regionales Arbeitsplatzgebiet, ist nicht zutreffend. Das Areal ist im regionalen Richtplan der ZPL als regionales Mischgebiet (M4) festgesetzt. Die Umzonung einer kommunalen Industriezone (einer Arbeitszone) unterliegt gemäss kantonalem Merkblatt «Arbeitszonenbewirtschaftung» vom 4. April 2019 dennoch einer Beurteilungspflicht durch die Region.

Die ZPL prüfte die Vorlage unter dem Blickwinkel der regionalen Sichtweise, insbesondere der Kompatibilität mit der anzustrebenden räumlichen Entwicklung der Region gemäss regionalem Raumordnungskonzept und regionalem Richtplan. Die ZPL unterstützt das Vorhaben der Gemeinde Urdorf im Gebiet Luberzen. Die geplante Transformation steht im Einklang mit den übergeordneten strategischen Zielen für die Region.

### **Urdorf, privater Gestaltungsplan „Heinrich Stutz Strasse II“**

Das Gebiet «Bergermoos», am äusseren Siedlungsrand von Urdorf und angrenzend an die Autobahn A3 sowie die Gemeinde Birmensdorf, ist als grossflächiges Industriegebiet ausgewiesen. Es beherbergt überwiegend Unternehmen aus der Automobil- und Logistikbranche. Laut der Bauordnung der Gemeinde Urdorf besteht für das Gebiet eine Gestaltungsplanpflicht, die eine qualitätvolle und geordnete Entwicklung sicherstellen soll. Der vorliegende Gestaltungsplan «Heinrich Stutz Strasse II» bezieht sich auf das zweite Teilgebiet innerhalb dieser Pflicht und ergänzt den bereits seit 2009 rechtskräftigen Gestaltungsplan für das erste Teilgebiet.

Ziel ist es, das Areal durch verdichtete Bauweise, nachhaltige Infrastruktur und eine hochwertige Gestaltung weiterzuentwickeln. Dabei sollen sowohl bestehende Betriebe weiterhin Raum zur Entfaltung finden als auch neue Unternehmen angesiedelt werden, die langfristig Arbeitsplätze schaffen und das Steuersubstrat erhöhen. Gleichzeitig wird besonderer Wert auf eine verträgliche Verkehrs- und Lärmbelastung gelegt, um negative Auswirkungen auf die umliegenden Wohngebiete zu vermeiden.

Gemäss den regionalen Vorgaben hat die ZPL insbesondere folgende zwei Themen besonders betrachtet:

- Der regionale Richtplan legt im Bergermoos eine Nutzung im Bereich Gewerbe, Produktion, Logistik sowie untergeordnet auch Dienstleistungen fest. Der Gestaltungsplan «Heinrich Stutz Strasse II» erfüllt diese Vorgaben. Die 15 % Dienstleistungen, welche im GP angestrebt werden, sind aus Sicht der Region als «Untergeordnet» zu bewerten.
- Im regionalen Richtplan werden zwei unterschiedliche Arten von Dichtezielen festgelegt. Einerseits wird im RegioROK auf der Zielebene eine Aussage zur Nutzungsdichte gemacht. Andererseits wird im Rahmen des regionalen Arbeitsplatzgebiets «Bergermoos» eine Aussage zur baulichen Dichte gemacht. Die Zielwerte stellen einen anzustrebenden Durchschnittswert per regionalem Perimeter dar. Das heisst beispielsweise, dass Aussagen bezüglich der baulichen Dichte den gesamten Perimeter des Arbeitsplatzgebiets «Bergermoos» betreffen. Die Gemeinden haben die Aufgabe diese übergeordnete Festlegung kommunal umzusetzen. Die ZPL ist der Ansicht, dass lokal die Gemeinden Präzisierungen machen können, solange nicht diametral gegen die regionalen Vorgaben im Gesamtbild verstossen wird. Die Aufgabe der Region ist es zu überprüfen, ob die lokalen Präzisierungen sich mit dem Grossen und Ganzen der regionalen Vorgabe vereinbaren lassen. Aus Sicht der ZPL widerspricht der GP keinen regionalen Vorgaben.

#### **Oberengstringen, privater Gestaltungsplan „Ankerhof“**

Das Amt für Raumentwicklung hat die Region in seiner Vorprüfung zum privaten Gestaltungsplan (GP) «Ankenhof» um eine Stellungnahme ersucht. Anlass ist die Feststellung, dass die geplante Entwicklung in ihrer Dichte von der Vorgabe des regionalen Richtplans (RRP) Limmattal abweicht, welcher für dieses Gebiet eine «niedrige bauliche Dichte» vorsieht.

Die ZPL unterstützt die im RRP verankerte grundsätzliche Zielsetzung, landschaftlich sensible Hanglagen durch eine Vorgabe der «niedrigen baulichen Dichte» vor übermässiger Verdichtung zu schützen. Bei der Beurteilung des vorliegenden Gestaltungsplans steht für die ZPL jedoch die spezifische Situation des Areals Ankenhof im Vordergrund. Dieses fällt aufgrund seiner topographischen Lage und seiner Einbettung nicht in die Kategorie einer zu schützenden, sensiblen Hanglage. Vielmehr bildet das Areal den Übergang zum westlich und nördlich angrenzenden, bereits dichter bebauten Quartier, dessen Gebäude teilweise ebenfalls viergeschossig sind. Gegen Osten wird es durch einen Waldgürtel mit hohem Baumbestand wirksam von der Einfamilienhauszone abgeschirmt. Diese besondere städtebauliche Konstellation rechtfertigt eine von der allgemeinen Regel abweichende Beurteilung der Dichte. Zudem sind die Festlegungen im RRP nicht parzellenscharf und gewähren den Gemeinden bewusst einen Anordnungsspielraum (§ 30 Abs. 1 PBG). Die Formulierung, wonach in Gebieten mit niedriger Dichte «in der Regel» 1- bis 2-geschossige Bauzonen auszuscheiden sind, lässt begründete Abweichungen im Einzelfall explizit zu.

Die Abweichung von der Dichtevorgabe des RRP sachlich begründet, durch die Flexibilität des Richtplans gedeckt und führt zu einem qualitativ hochwertigen Resultat, das den Zielen der Innenentwicklung entspricht. Aus Sicht der ZPL ist für dieses Vorhaben

keine Anpassung des regionalen Richtplans erforderlich. Unabhängig von diesem Einzelfall anerkennt die ZPL, dass die Dichtevorgaben im regionalen Richtplan einer grundsätzlichen Überprüfung bedürfen.

## LANDSCHAFT

### Kanton Zürich, Bauprojekt „lebendige Limmat“

Die Limmat wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark kanalisiert und der Hochwasserschutz ausgebaut. Das über 100 Jahre alte Bauwerk kann die heutigen Anforderungen an den Hochwasserschutz und des naturnahen Wasserbaus nicht mehr erfüllen. Daher soll der letzte noch verbleibende, 3.2 km lange Abschnitt zwischen der A1-Brücke Zürich Oberengstringen und der Brücke Überlandstrasse ausgebaut werden. Der Hochwasserschutz soll erhöht, die Limmat revitalisiert und die Erholungsnutzung verbessert werden. Dies entspricht den Zielen der übergeordneten Planungen des Kantons Zürich.

Die ZPL prüfte die Vorlage unter dem Blickwinkel der regionalen Sichtweise, insbesondere der Kompatibilität mit der anzustrebenden räumlichen Entwicklung der Region gemäss regionalem Raumordnungskonzept und regionalem Richtplan:

- Der regionale Richtplan definiert den Limmatraum als bedeutendes «blaues Band», das neben seiner hohen naturschutzfachlichen Bedeutung eine zentrale Rolle für die Erholungsnutzung und die Freiraumentwicklung spielt. Entsprechend verlangt der Richtplan eine sorgfältige Koordination und Steuerung der verschiedenen Interessen. Der ZPL würdigt in diesem Zusammenhang den gewählten Ansatz, relevante Akteure frühzeitig einzubinden und die Planung breit abzustützen.
- Im Regionalen Richtplan ist zudem das kantonsübergreifende Freiraumkonzept des Agglomerationsparks Limmattal festgehalten, welches die Entwicklung eines durchgängigen und vielfältigen Freiraumnetzes vorsieht und dessen Massnahmenidee im Projekt berücksichtigt wurde. Mit der Revitalisierung entsteht somit ein einzigartiger, charakteristischer und dynamischer Flussraum inmitten des zunehmend verdichteten Limmattals, dessen hoher Naturwert das klare Alleinstellungsmerkmal des Vorhabens bildet.
- Im Rahmen des Gesamtprojekts wurde ein separates Mobilitätskonzept für den Limmatraum erstellt. Die ZPL begrüsst es, dass die Erschliessung der Limmat primär über geeignete Fuss- und Velowege erfolgt und dass die Parkierungsmöglichkeiten für den MIV auch klar definiert sind. Das Zielbild bezüglich Mobilität fügt sich dementsprechend passend in die Zielvorstellungen des regionalen Richtplans ein.
- Kritisch betrachtet die ZPL das Dritt-Projekt „Gasisteg“. Aus Sicht der ZPL hätte die Brücke integraler Bestandteil des Gesamtprojekts sein sollen. Über die Gasometerbrücke führen zwei kantonale Festlegungen (Veloweg und Wanderweg). Es liegt also im Interesse des Kantons, dass die Verbindung auch künftig bereitgestellt werden kann. Die ZPL beantragt deshalb, dass die Erstellungskosten für die neue Brücke aufgrund der Verbreiterung der Limmat an dieser Stelle vollumfänglich vom Kanton getragen werden sollten und für den nachfolgenden Unterhalt ein fairer Kostenteiler definiert wird.

## VERKEHR

### Kanton Zürich, Revision Strassengesetz (StrG)

#### „Bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz anpassen“

Die Vorlage des Regierungsrates sieht vor, dass kommunale Strassenprojekte nur dann einer kantonalen Genehmigungspflicht unterliegen, wenn sie eine neue nutzungsplanerische Grundlage schaffen – also insbesondere dann, wenn sie als Sondernutzungspläne im Sinn des Raumplanungsgesetzes gelten. Keine Genehmigung soll hingegen erforderlich sein, wenn Projekte lediglich eine bestehende nutzungsplanerische Ordnung verfeinern oder von untergeordneter Bedeutung sind. Als nutzungsplanerische Grundordnungen, die einen Verzicht auf eine kantonale Genehmigung eines Strassenprojekts rechtfertigen, kommen daher grundsätzlich nur Gestaltungs- (§§ 83 ff. Planungs- und Baugesetz [PBG, LS 700.1]) und Quartierpläne (§ 89 und §§ 159 f. PBG) sowie frühere, bereits festgesetzte Strassenprojekte (vgl. BGE 146 II 80 E. 4.3; Urteil des Verwaltungsgerichts VB.2022.00424 vom 2. März 2023, E. 2.5.1) in Betracht. Diese müssen nutzungsplanerische Vorgaben für die betreffende Strasse enthalten, die eine Verfeinerung durch ein neues Strassenprojekt zulassen. Unterhaltsarbeiten bleiben wie bisher genehmigungsfrei. Unverändert genehmigungspflichtig bleiben Projekte, die Enteignungen erforderlich machen, Verbindungen zu Staatsstrassen enthalten oder ausserhalb der Bauzone liegen.

Im Hinblick auf den Umfang der Genehmigungsprüfung werden zwei Varianten vorgeschlagen:

1. Variante 1 beschränkt sich auf die Prüfung der Rechtmässigkeit und der Übereinstimmung mit der kantonalen Richtplanung.
2. Variante 2 erweitert den Prüfungsrahmen zusätzlich um Zweckmässigkeit und Angemessenheit.

Ziel der Vorlage ist es, die kantonale Genehmigung auf das bundesrechtlich erforderliche Minimum zu beschränken und die Rechtssicherheit durch klare Regelungen zu erhöhen. Gleichzeitig sollen für Projekte von untergeordneter Bedeutung die Verfahrensabläufe vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Die Region begrüsst die Bestrebung, die kantonale Gesetzesgrundlage mit dem übergeordneten Bundesrecht – dem Raumplanungsgesetz (RPG) – in Übereinstimmung zu bringen. Gleichzeitig weist die ZPL darauf hin, dass eine zu weit gefasste kantonale Genehmigungspflicht zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand für die Gemeinden und kantonalen Stellen führen würde – sowohl zeitlich als auch finanziell. Zusätzlich würden dadurch die Verfahren verzögert werden, was sich negativ auf die Umsetzung kommunaler Projekte auswirken würde.

Die zwei vorgestellten Varianten unterscheiden sich primär durch die Prüfung der Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit, welche in der Variante 2 Bestandteil sein würden. Die ZPL ist der Meinung, dass gerade diese Kompetenz nur bei den Gemeinden gelagert sein kann, kennen sie doch die lokalen Gegebenheiten am besten. Zudem würde die Variante 2 zu einem unverhältnismässig hohen Aufwand für die Gemeinden und den Kanton führen und die Verfahrenslänge unnötig verzögern.



## LUFTFAHRT

### **Kanton Zürich, Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL): Anpassung Objektblatt Flughafen Zürich**

Das SIL-Objektblatt für den Flughafen Zürich setzt den behördenverbindlichen Rahmen für die Bewilligung der Flughafenbauten (Plangenehmigung) und den Betrieb des Flughafens (Betriebsreglement). Die Plangenehmigung für Flughafenbauten und die Genehmigung des Betriebsreglements folgen in den nachgelagerten Verfahren, die sich nach den Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes (LFG) richten.

Das heute geltende Objektblatt hat der Bundesrat am 11. August 2021 verabschiedet. Es enthält im Wesentlichen die Zweckbestimmung des Flughafens, die allgemeinen Rahmenbedingungen zum Betrieb (mit Betriebszeiten, Nachtflugregelung) und zur Infrastruktur, den Flughafenperimeter sowie die Vorgaben zum landseitigen Verkehrsanschluss (Modalsplit, Parkierung), zum ökologischen Ausgleich, zum Fluglärnmachweis und zur Hindernisbegrenzung (Sicherheitszonenplan). Anlass für die Anpassung ist das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVGer) vom 7. September 2021 (A-3484/2018), wobei Beschwerden gegen das Betriebsreglement 2014 des Flughafens Zürich gutgeheissen wurden (bzgl. Festlegung der zulässigen Lärmimmissionen gemäss Art. 37a der Lärmschutzverordnung und die gestützt darauf gewährten Erleichterungen). Das Gericht beauftragte daraufhin das BAZL, die Nachtlärm- und Verspätungssituation insbesondere in der zweiten Nachtstunde von 23.00 bis 24.00 Uhr neu zu beurteilen und die Auswirkungen im Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL), für diese Zeit neu festzulegen. Der veröffentlichte Grundlagenbericht enthält eine Auslegeordnung bezüglich der Nachtlärmsituation und setzt sich mit möglichen Massnahmen zur Lärmverringerung auseinander. Dabei beurteilt er einerseits die bereits bestehenden Massnahmen zur Lärmreduktion neu und schlägt andererseits weitere Massnahmen vor, um den Nachtfluglärm zu reduzieren. Um diese Massnahmen schliesslich umzusetzen, sind Anpassungen im SIL-Objektblatt des Flughafens Zürich erforderlich. Die Überarbeitung des Betriebsreglements erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Die ZPL anerkennt die Bedeutung des Flughafens als wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaftsregion Zürich, sieht jedoch auch die Auswirkungen des Betriebs als Herausforderung für die Gemeinden rund um den Flughafen. Insgesamt ist die Region Limmattal wenig vom Fluglärm betroffen. Die ZPL unterstützt die Anpassung des SIL-Objektblatts hinsichtlich mehr Fluglärmbegrenzung. Zudem anerkennt und begrüsst die ZPL, dass in der 1. sowie insbesondere in der 2. Nachtstunde mittels der vorgeschlagenen Lärmschutz-Massnahmen gemäss Lärmberechnungen des Grundlagenberichts, Flächen aus dem «Gebiet mit Lärmauswirkungen» entlassen werden können. Auch unterstützt die ZPL die beiden neu eingeführten Lärmschutz-Massnahmen (Erhöhung Lärmgebühren und zusätzlich Auflage zur Verbesserung der Infrastruktur und des Betriebs).

### 3. Koordinative Tätigkeiten

#### **Information der Limmattaler Kantonsrätinnen und Kantonsräte**

Die Information der Vertretenden des Limmattals erfolgte mit Medieninformationen und über die Kenntnisnahme von Sitzungen des Vorstandes und der Delegiertenversammlung.

### 4. Realisierung von geplanten Vorhaben

Keine.

### 5. Beratung einzelner Gemeinden

In Einzelfällen konnten wie immer Auskünfte auf Anfragen erteilt werden.

### 6. Organisation, Kommunikation, Budget und Rechnung

#### **Planungsdachverband der Region Zürich und Umgebung**

Die RZU ist der politisch unabhängige Planungsdachverband für die Region Zürich und Umgebung. Verbandsmitglieder sind die Stadt Zürich, die sechs angrenzenden Zürcher Planungsgruppen Furtal (ZPF), Glattal (ZPG), Knonaueramt (ZPK), Limmattal (ZPL), Pfannenstil (ZPP) und Zimmerberg (ZPZ) sowie der Kanton Zürich. Die RZU engagiert sich für eine zukunftsfähige Entwicklung des dynamischen «RZU-Gebiets». Ihre Tätigkeiten werden jährlich gemeinsam im Mitgliederkreis erarbeitet und bestimmt.

Als Bindeglied und Vertretung der RZU- Geschäftsstelle begleitete Eva-Maria Kopf die Gremien der ZPL-Region (Vorstand, Delegiertenversammlung etc.).

#### **Delegiertenversammlung**

An der Delegiertenversammlung vom 21. Mai 2025 stellte Michael Thalmann von der QUADRA GmbH das Naturnetz Pfannenstil vor. An der Delegiertenversammlung vom 5. November 2025 informierten die Kantone Zürich und Aargau über den aktuellen Stand des regionalen Gesamtverkehrskonzepts Limmattal.

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

Publikationsorgan der ZPL ist die Homepage. Die Beschlussfassungen der Delegiertenversammlungen wurden auf der Homepage veröffentlicht.

#### **Homepage**

Die Homepage wurde periodisch nachgeführt. Sie dient auch als offizielles Publikationsorgan.

#### **Budget und Rechnung**

Für die Tätigkeiten der Zürcher Planungsgruppe Limmattal resultierte im Jahr 2025 ein Aufwandüberschuss von CHF 472'893.26, der durch die Verbandsgemeinden getragen wird. Er ist um CHF 64'047.86 höher als im Jahr 2024. An der Delegiertenversammlung im November 2024 wurde das Budget 2025 mit einem Aufwand von CHF 472'000.00 genehmigt. Die Rechnung schliesst folglich mit einem Mehraufwand von CHF 893.26 ab:

- Für das Grundangebot 2025 der Limmatstadt AG waren CHF 110'000.00 budgetiert. Abgerechnet wurden CHF 109'227.80.
- Die Kosten für die Verwaltung waren um CHF 10'622.85 tiefer als erwartet, weil die Reorganisation des Archivs wesentlich günstiger abgewickelt werden konnte als im Budget vorgesehen.
- Der unvorhergesehene RZU Beitrag für den Dialogprozess Zukunft Agglomerationsverkehr 2025 über CHF 8'138.91 war nicht budgetiert, was aber durch den Minderaufwand in der Verwaltung gedeckt werden konnte.
- Im Dezember 2025 ging eine Akontorechnung der EBP Schweiz AG über CHF 8'000.00 für die Regionalplanung ein. Die Kosten für das 4. Quartal 2025 sind somit um etwa CHF 2'200.00 höher als in den Vorjahren.
- Einnahmen gab es im Jahr 2025 keine zu verzeichnen.

**ZPL**  
**Zürcher Planungsgruppe Limmattal**  
**Namens des Vorstandes**

Der Präsident

Die Sekretärin

R. Bachmann

N. Fritschi

*Zürich, 25. März 2026*